

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 11/97 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ November 1997

Sichere Renten für heute und morgen!

Unter diesem Motto fand am 7. Oktober im Haus am Köllnischen Park in Berlin eine Protestveranstaltung gegen den Entwurf des Rentenreformgesetzes – inzwischen vom Bundestag beschlossen – statt. Aufgerufen hatte dazu das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V., dessen Präsident Prof. Dr. Wolfgang Richter die Versammlung eröffnete. Nach ihm sprachen Frau Dr. Schönfelder, Förderkreis Senioren der GBM, Herr Dr. Seidel, VdK-Landesverband Berlin/Brandenburg, Frau Petra Bläss als Bundestagsabgeordnete der PDS (sie nahm als einzige der eingeladenen Bundestagsmitglieder teil), Frau Eva Bärwald, Seniorengruppe der Gewerkschaft HBV, Herr W. Fiebiger, VdGN, Frau Eva Roman, DFB, Frau Martina Michels als Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses (für die PDS), Herr Horst Parton, ISOR e.V., sowie Herr G. Julius, Ortsverbandskartell Tempelhof des DGB.

Den wesentlichen Inhalt der Beiträge kann man in Kurzform so darstellen:

Dieser Entwurf ist keine Rentenreform, sondern ein Rentenspargesetz und dient der weiteren Umverteilung von unten nach oben. Deshalb darf der Widerstand gegen die Sparpolitik der Koalition nicht nachlassen. Wenn eine Rentenreform notwendig, dann ist eine breite demokratische Mitwirkung in Vorbereitung derselben zu sichern, die jetzt völlig fehlt. Die immer noch bestehende Benachteiligung der Frauen im Rentenrecht muß umgehend beseitigt werden. Das Rentenstrafrecht ist völlig zu überwinden, die vorhandenen Überführungslücken sind zu schließen und offene Versorgungsfragen zu lösen. Die Regierungskoalition muß zu den Bundestagswahlen 1998 die Quittung auch für ihre Sozialpolitik erhalten. Die Solidarität muß weiter verstärkt werden.

In seinem Schlußwort rief Prof. Dr. Richter zur Unterstützung der Erfurter Erklärung und des Appells der Erfurter Versammlung vom 4. und 5. Oktober auf. (siehe Seite 2)

Die Versammlung verabschiedete Telegramme an die parlamentarischen Geschäftsführer der im Bundestag vertretenen Parteien (siehe nebenstehenden Auszug) ▶ ▶ ▶ ▶

Kritisches PS: Die Beteiligung unserer Mitglieder aus Berlin und Umgebung ließ leider sehr zu wünschen übrig. Wir brauchen die anderen – die anderen brauchen uns!

ISOR-Vorsitzender Horst Parton erklärte in seinem Beitrag:

Ich bedanke mich im Namen unserer mehr als 25.000 Mitglieder für die Gelegenheit, hier auf dieser Protestveranstaltung unsere Auffassung zu den Renten-Reform-Plänen der Bonner Regierungskoalition darlegen zu können.

Wir sind der Meinung, daß die Reformierung von sozialen Sicherungssystemen unter Beachtung objektiver Gegebenheiten der Verbesserung solcher Systeme dienen sollte, daß reformieren nicht mißbräuchlich und einseitig dazu genutzt werden darf, Unzulänglichkeiten eines Systems durch neue Mängel und Unwägbarkeiten aus der Welt schaffen zu wollen und daß Fehler in der Politik nicht durch Veränderungen zugedeckt oder vernebelt werden sollen.

Mit dem Vorhaben, das Rentensystem den Anforderungen des nächsten Jahrhunderts anpassen zu müssen, wird – wenn es nach dem Willen der Regierungskoalition geschieht – ein Jahrhundertwerk stark deformiert und damit die soziale Absicherung für Menschen, die schon systembedingt auf den unteren Stufen der sozialen Leiter stehen, zum Teil weiter verschlechtert. Das ist angesichts der Tatsache, daß „in diesem unseren Land“ die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, nicht hinnehmbar. Die Interessen der ISOR-Mitglieder, der alten und insbesondere der jungen,

werden von dem, was sich um die Rentenreform rankt, in hohem Maße berührt. Sie sind davon beunruhigt wie alle Bürger. Die Sorgen werden durch die mehr oder weniger offenen Versuche der Regierenden verursacht, den bereits durch Kürzung von Rentenzuschlägen für Schul- und Berufsausbildung und Abschläge für Frühberentung begonnenen Sozialabbau fortzusetzen.

Der Sozialstaat verdient vor allem auch dadurch seinen Namen, indem er seinen Bürgern nach dem Ende ihres Arbeitslebens eine Altersversorgung als Lohn für Lebensarbeitsleistung zusichert, nachdem sie als Arbeitende verpflichtet waren, dafür mit beträchtlichen Beitragszahlungen aufzukommen. Dies ist ein Generationenvertrag, den der moderne Staat seit Bismarck aus der herkömmlichen Verpflichtung der Familie in die des Staatswesens erhoben hat. Er ist ein Gütezeichen menschlicher Gemeinschaft, die diesen Namen verdient. Wer diesen Vertrag in Zweifel zieht oder gar aufkündigt will, ist auf dem Weg, Menschlichkeit ursprünglicher Art dem Profit zu opfern.

Dagegen tritt auch ISOR in die breite und wachsende Front des Widerstandes ein.

Wir wissen, daß die leere Börse nicht dadurch voller wird, indem man munter Scheine druckt. Doch der Reichtum gerade der modernen Gesellschaft besteht nicht nur aus dem Einkom-

men derjenigen, die arbeiten oder noch Arbeit haben. Die große Maschinerie mehr den Reichtum, wie sie Arbeit spart und schließlich mehr und mehr verdrängt. Deshalb müssen sich die heute Regierenden sagen lassen: Wenn ihr schon nicht willens und fähig seid, den Menschen neue Felder bezahlter Arbeit zu erschließen, dann sorgt für die Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums auch für die Alten, Schwachen und Kranken, damit alle ein Leben in entsprechendem Wohlstand führen können. Wer dies durch Wertschöpfungsabgabe oder auch nur durch Neuregelung des die Beitragseinnahmen ergänzenden Bundeszuschusses lösen will, hat unsere Unterstützung.

Dies ist der Weg, auf dem durch gründliche Diskussion und nicht durch hastige, parteiegoistische Notlösungen im Sinne der bedingungslosen Profitsicherung eine Lösung gesucht und gefunden werden muß.

Bestandteil einer Rentenreform, die das Sozialstaatsversprechen des Grundgesetzes auch für die Zukunft einlöst, wäre u.a. die Anerkennung der Geburt und Erziehung von Kindern als Lebensarbeitsleistung für die Gesellschaft, die Anerkennung beruflich notwendiger Bildung und Weiterbildung als Bestandteil der Lebensarbeitsleistung, die angemessene solidarische Absicherung derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen den Anforderungen beruflicher Arbeit unter den konkreten Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht mehr gewachsen sind, und

Telegramm ++ Telegramm ++ Telegramm

„Angesichts der angekündigten überhasteten Verabschiedung des Rentenreformgesetzes durch eine Kanzlermehrheit fordern wir Sie nachdrücklich auf, dieses für jung und alt, Frau und Mann einschneidende Gesetz nicht in dieser Form zu beschließen und notwendige Reformen sorgfältig und demokratisch im Dialog mit den Betroffenen vorzubereiten. Wir wenden uns entschieden gegen den auch durch dieses Gesetz forcierten und immer weiter um sich greifenden Sozialabbau.“

Telegramm ++ Telegramm ++ Telegramm

die solidarische Absicherung des Lebensunterhalts derjenigen, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen nie einer beruflichen Tätigkeit nachkommen können. Dazu gehören unseres Erachtens auch der Verzicht auf die Verschlechterung der Verhältnisse von Lebensarbeitslohn und Altersruhegeld und eine Mindestsicherung als Schutz vor echter Altersarmut. Dazu gehört auch die Einbeziehung aller als Beitragszahler in das Solidarsystem, die nicht in vergleichbarer Weise für berufsständisch organisierte Sicherungssysteme Beiträge leisten. Vor dem Hintergrund solcher Maßstäbe kann und muß über alle Parteigrenzen hinaus vieles im einzelnen diskutiert und auch neu geordnet werden, damit die Renten tatsächlich gerecht und sicher bleiben. Dazu gehört auch die konsequente Beseitigung allen Rentenstrafrechts.

Am 4. und 5. Oktober trafen sich Unterzeichner der Erfurter Erklärung wiederum in Erfurt und verabschiedeten den nachfolgenden Appell:

Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten! Mut für eine andere Politik!

Am 9. Januar 1997 haben sich von Erfurt aus GewerkschafterInnen, Intellektuelle, Theologinnen und Theologen und PolitikerInnen an die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland gewandt. Aus Verantwortung für die soziale Demokratie kritisierten sie die regierende Politik in unserem formal vereinten Land, forderten eine gerechte Verteilung der Einkommen und Güter, eine andere Politik, eine andere Regierung und eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will.

Zehntausende haben sich seither mit ihrer Unterschrift zum Anliegen der Erfurter Erklärung bekannt. Hunderte von Basisinitiativen vertreten die erhobenen Forderungen in Regionen, Kommunen und Städten. Täglich melden sich Menschen, die aus der Zuschauerdemokratie heraustreten wollen. Dies bestärkt uns in unserer Haltung, noch lauter als bisher zu sagen:

Wir brauchen und wir wollen eine andere Politik! Deshalb wollen wir eine andere Regierung!

Unsere Geduld ist am Ende. Wir nehmen die regierende Politik nicht länger hin. Sie hat nichts hervorgebracht als gnadenlose Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und Hoffnungslosigkeit. Millionen Arbeitslose und die Demontage der Sozialversicherungssysteme sind die Bilanz nach 15 Jahren neoliberaler Politik der Kohl-Regierung. Gewonnen haben nur die Einfluß-Reichen. Diese Politik ist nicht in der Lage, auch nur ein einziges Problem wirklich zu lösen.

Wir brauchen eine grundlegend andere Politik. Also brauchen wir eine andere Regierung. Das geschieht nicht von selbst. Ein Kabinett ohne Kohl ist dafür noch keine Garantie. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir wollen unsere Interessen nicht länger an die Parteien delegieren.

Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Eine Bewegung, die deutlich macht: Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sind keine Utopien. Aber sie müssen gewollt und erkämpft werden, und zwar gegen die regierende Politik, die uns vorgaukelt, es gäbe keine Alternativen, weil überall der „Sachzwang“ herrsche.

Mut für eine andere Politik, das heißt:

● Neue und gerechte Verteilung der Arbeit

Neue Arbeit muß geschaffen werden: Arbeit, die auf gesellschaftlichem Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Wir brauchen einen neuen Typ der Vollbeschäftigung für Frauen und Männer unabhängig von ihrer Nationalität. Dafür brauchen wir umfassende Arbeitszeitverkürzungen bei angemessenem Lohnausgleich. Wir wissen, dieser Wandel ist selbst ohne Wachstum möglich, man muß ihn nur wollen.

● Soziale und ökologische Steuerreform und Bekämpfung von Armut

Wir fordern eine Steuerpolitik, die sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit realisiert. Dazu bedarf es einer neuen Politik, die auf europäischer und gleichzeitig auf globaler Ebene gegen Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steerdumping der Regierungen kämpft. Das Prinzip der Solidarität im Sozialsystem muß gestärkt und eine bedarfsorientierte soziale Sicherung eingeführt werden.

● Demokratie und Bildung in einer zivilen Gesellschaft der Völker

Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Toleranz und Vielfalt, in der Demokratie gleichberechtigt gelebt werden kann und die Würde des Menschen Wirklichkeit wird. Dies ist nur zu realisieren durch ein soziales Europa, das die Teilhabe an Demokratie auch über gleiche Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle sichert.

● Sozialökologische und friedenspolitische Steuerung der Weltwirtschaft neu gewinnen

Die Globalisierung der Finanzmärkte, Konzerne und Medien hat die nationalstaatlichen Instrumente der Zins-, Währungs- und Haushaltspolitik untergraben. Gleichzeitig wird aus der Bundeswehr eine offensive Truppe zum Schutz wirtschaftlicher Interessen gemacht. Wir brauchen eine Politik, die in den internationalen Institutionen sozialökologische und friedenspolitische Rahmenbedingungen erkämpft.

Mischen wir uns ein! Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch. Mit allen, die sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“

Grundlegendes muß sich verändern. Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Beginnen wir zu handeln. Bündeln wir unsere Kräfte, um uns im Bundestagswahlkampf und darüber hinaus Gehör zu verschaffen. Fordern wir von den Oppositionsparteien Alternativen zur jetzigen Regierungspolitik ein.

Tragen wir unsere Forderungen in die Öffentlichkeit. Gewinnen wir eine Mehrheit für eine neue Politik. Das ist der richtige Weg.

Für 1998 rufen wir zu vielen bundesweiten Aktionen auf und schlagen im Juni eine zentrale Demonstration in Bonn vor: „Bis hierher und nicht weiter! Mut für eine neue Politik.“

Um allen, die sich daran beteiligen wollen, die Möglichkeit zu geben, sich in die Vorbereitung dieser Aktionen einzubringen, laden wir im Februar 1998 zu einem bundesweiten „Ratschlag“ nach Bochum ein.

Erfurt, den 04. Oktober 1997

Beratungen vor Ort

Anstelle Beiratsitzung in Berlin berieten im September und Oktober Vorstandsmitglieder mit Beiratsmitgliedern und TIG-Vorsitzenden Mecklenburg-Vorpommerns in Neustrelitz, Sachsens in Dresden, Thüringens in Erfurt, Sachsen-Anhalts in Halle, Brandenburgs und Berlins jeweils in Berlin über die weitere Umsetzung der Ideen und Beschlüsse der Vertreterkonferenz vom 14./15. Juni 1997 sowie aktuelle Fragen und Probleme unserer Initiativgemeinschaft. Im Vordergrund stand in allen Beratungen die weitere Stärkung unseres Vereins. Diskussionsgrundlage waren u. a. der Entwurf einer Konzeption des Vorstandes zur zahlenmäßigen Stärkung unserer Organisation. Fazit:

1. Die Teilnahme von TIG-Vorsitzenden brachte viele Anregungen.
2. ISOR ist weiterhin zahlenmäßig am Wachsen.
3. Die Proteste gegen das Rentenstrafrecht gehen weiter.
4. Die Solidarität mit den mit 0,7 und 1,0 EP Bestrafften ist ungebrochen.
5. Das Vereinsleben hat neue Impulse bekommen, wenn auch in den TIG noch unterschiedlich entwickelt.
6. Die Bereitschaft zur Einlösung der Spenden von Mitgliedern ist nach Erhöhung der Rente angelaufen. Nur ganz vereinzelt springen nach dem Teilsieg „Mitfahrer“ ab.
7. ISOR steht fest zusammen und entwickelt sich vielerorts zum Hort der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung.

Die vielen Anregungen werden durch den Vorstand auch für seine Arbeit ausgewertet und umgesetzt.

Thüringen

Beiratsmitglieder und einige TIG-Vorsitzende trafen sich mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Peter Fricker und dem Leiter der AG Öffentlichkeitsarbeit (im folgenden AG Ö) Erwin Bach zu lebhafter und konstruktiver Diskussion.

Im Vordergrund standen dabei neben der Stärkung unserer Gemeinschaft die Organisierung des weiteren Widerstandes gegen noch bestehendes Rentenstrafrecht. Aus den diskutierten Inhalten nur drei Beispiele:

Freund Boden von der TIG Jena wies daraufhin, daß eine gewisse Lethargie bei einer Reihe von Mitgliedern auftritt. Zu deren Überwindung hält er es für notwendig, neue Inhalte in der Tätigkeit der TIG und des gesamten Vereins wirksam zu machen.

Freund Steinle, Vorsitzender der TIG Erfurt, der die Beratung gut vorbereitet hatte, informierte, daß die durchgeführten Maßnahmen betreffs der Beantragung von Entgeltbescheiden beim Bundesverwaltungsamt zu 30 Neueintritten, vor allem Jüngerer, geführt haben.

Freund Gerhard Neupert, Vorsitzender der TIG Suhl, von deren 370 Mitgliedern nur etwa die Hälfte Rentner sind, betonte, daß die übergebenen Entwürfe von Protestschreiben und die Ausführungen von Erwin Bach über Praktiken europäischer Einrichtungen neue Kraft zur Fortführung und Verstärkung der Protestmaßnahmen gegen das noch verbliebene Rentenstrafrecht gegeben haben.

Weitere Diskussionsthemen waren u.a. die Realisierung der Bereitschaftserklärungen, Bezahlung der Anwaltsrechnungen, Finanzierung von Veranstaltungen, Gestaltung des Vereinslebens und Einzelfragen.

Nach 2 1/2 Stunden optimistischer Diskussion und einem gemeinsamen Mittagessen (selbstverständlich auf eigene Kosten) trennten wir uns, jeder moralisch gestärkt und um Erfahrungen reicher.

Peter Fricker

Sachsen-Anhalt

An der Beratung nahmen die Vorstandsmitglieder Horst Parton, Bernhard Geier, Gerhard Dylla und der Leiter der AG Ö, Erwin Bach, teil.



(Aus: „Denkzettel“ der GEW Marzahn)

In der Diskussion informierten die Teilnehmer aus den TIG über die organisatorische Arbeit, Beispiele der Solidarität mit ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS sowie die Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen im Territorium.

Übereinstimmend wurde betont, daß die Gewinnung neuer Mitglieder aus rentenfernen Jahrgängen besondere Bedeutung hat. Interessant ist u.a. die TIG Wittenberg, deren Mitglieder zu 36 Prozent unter 50 Jahre alt sind

und von deren 10 Neueintritten neun ehemalige Angehörige der VP sind.

Im kommenden Zeitraum sollen folgende Aufgaben in den Mittelpunkt gestellt werden:

- Aktivierung schriftlicher Proteste zu den fortwährenden politisch motivierten Rentenkürzungen an den Petitionsausschuß des Bundestages und des Bundesrates sowie die Ausschüsse in den Ländern,
- Einleitung von Beschwerden beim UNO-Zentrum für Menschenrechte in Genf,
- Teilnahme an Wahlveranstaltungen und Konfrontation der Kandidaten mit dem fortwährend praktizierten Rentenstrafrecht,
- weitere Stabilisierung der Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen, welche ebenfalls gegen das Rentenunrecht kämpfen,
- Gewinnung neuer Mitglieder und Gründung von TIG, wobei die TIG Wittenberg die Erfahrungen der Erfurter im Herangehen besonders an jüngere ehemalige MfS-Angehörige in ihre Arbeit mit einbezieht.
- Würdigung der mühsamen Arbeit der Kassierer/Betreuer als ein wesentliches Element der sozialen Vereinsarbeit. Hans Luleich

Brandenburg

An der Beratung mit den Beiratsmitgliedern und neun TIG-Vorsitzenden des Landes Brandenburg nahmen die Vorstandsmitglieder Horst Parton, Peter Fricker und Bernhard Geier, der Geschäftsführer Bernhard Elsner und Erwin Bach (AG Ö) teil.

Auch in den TIG des Landes Brandenburg herrscht Optimismus hinsichtlich der weiteren Perspektive von ISOR vor. Das kommt in vielen Anstrengungen zur Erhaltung und Erweiterung des Solidaritätsgedankens zum Ausdruck. Es wurde aber auch hervorgehoben, daß die Erhöhung des Mitgliederbestandes große Anstrengungen erfordert.

Folgende Schwierigkeiten werden gesehen:

Die lange Zeit (sieben Jahre) der Rentenkapung führt zu Resignation, die Lebensbedingungen werden immer schwieriger. Es ergibt sich folgende Konstellation: Mit Beginn der Entwicklung von ISOR sind viele ehemalige MfS-Angehörige Kassierer/Betreuer geworden. Sie betreuen seit Jahren viele Mitglieder, bei denen mit der letzten Gesetzesänderung eine Verbesserung der Lebensumstände eingetreten ist. Ihre eigene Rente aber wird auch weiterhin gekappt, so daß sie sich nach wie vor in unveränderter Notlage befinden.

Zum anderen ist vor allem bei Jüngeren, die die „magische Grenze“ 60 Jahre noch nicht überschritten haben und die zum großen Teil noch im Berufsleben stehen, zu verzeichnen, daß sie

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

sich aus Angst um ihren Arbeitsplatz vor öffentlichem Engagement scheuen.

Einen großen Raum nahm in der Diskussion das Erfordernis ein, weitere Mitglieder zu finden, die sich durch persönliche Briefe an Institutionen des Inlands und durch Gemeinschaftsbriefe an solche des Auslands wenden. Es wurde hervorgehoben, daß dies zu einer Massenaktion geführt werden müsse.

An der Basis, so brachten TIG-Vorsitzende zum Ausdruck, ist eine gute Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden möglich und wird auch praktiziert.

In vielen Orten, wo TIG bestehen, entwickelt sich ein Vereinsleben als eine nicht mehr wegzudenkende Größe. Es wurde die Bitte ausgesprochen, dieser Seite der Vereinsarbeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die TIG mehr anzuleiten.

Bernhard Elsner

Sachsen

Im Mittelpunkt der Aussprache der Beiratsmitglieder und Vertreter der größeren TIG Sachsens mit dem ISOR-Vorsitzenden Horst Parton stand der Entwurf einer Konzeption des Vorstandes zur Stärkung unserer Organisation. Sowohl die Wege zur Gewinnung als auch die Anforderungen an die Arbeit mit neuen Mitgliedern waren Gegenstand der Diskussion. Besonders von den TIG mit gutem Zuwachs, wie Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen, wurden die praktischen Erfahrungen dargelegt. Die Gewinnung von 63 jüngeren Mitgliedern im letzten Jahr in der TIG Chemnitz hat nicht nur bewirkt, daß 54 Prozent der Mitglieder noch nicht im Rentenalter sind, es stellt auch neue Anforderungen an die Arbeit mit diesen Freunden.

Chemnitz hat deshalb auch die Erfahrungen von Leipzig und Dresden genutzt und teilt die TIG in 4 Untergruppen mit eigenen Vorständen. Dazu konnten 22 neue Funktionäre, darunter einige jüngere, gewonnen werden. Auch für die eigenständige Arbeit der 175 Frauen – viele Witwen und Alleinstehende – wurden erste Vorstellungen erarbeitet.

Die Aussprache zeigte, daß sich die ISOR-Arbeit in Großstädten anders gestaltet als in kleineren Kreisen. So hat sich in den Gruppen unter 100 Mitgliedern relativ schnell eine vielgestaltige Vereinsarbeit entwickelt. Durch gemeinsame Ausfahrten, Wanderungen, Familienfeste, Skatabende und Kulturveranstaltungen werden die Kollektive gefestigt, und es entstehen auch neue Voraussetzungen zur Gewinnung weiterer Ehemaliger.

Kontrovers wurde der Gedanke diskutiert, Betreuungsguppen zu bilden. Ein Kassierer wahrte sich gegen diese Bezeichnung, denn die Kassierung sei nur eine zweitrangige Auf-

gabe, bei aller Wichtigkeit. Seiner Schilderung über die vielgestaltigen Betreuungsaufgaben in der Gruppe wurde einhellig beigepröflichtet. Nur durch die fleißige Arbeit unserer Gruppenbetreuer können neue Mitglieder an den Verein gebunden und der Austritt von Mitgliedern verhindert werden.

Es war auch Anliegen der Aussprache, eine engere Zusammenarbeit mit Partnerverbänden (BRH, DBwV, GBM, GdP und andere) zu bewirken und durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit, wie in Dresden zum Deutschen Seniorentag und in Chemnitz im Rahmen der Seniorenwoche, die Verbandsarbeit weiter zu aktivieren.

Vielgestaltig zeigte sich die Nützlichkeit des Erfahrungsaustausches, und Horst Parton konnte seinerseits wertvolle Anregungen vermitteln. Das dürfte der Zielstellung, weitere Schritte zur Stärkung von ISOR zu beschreiten, Rechnung tragen.

Werner Feigel

Bitte beachten! Bitte beachten!

Wegen geänderter Verfahrensweise der UNO bei Beschwerden an das UNO-Zentrum für Menschenrechte/Genf über Menschenrechtsverletzungen im vereinten Deutschland ist künftig kein Bezug mehr zu nehmen auf die Beschwerde der GBM.

Bitte beachten! Bitte beachten!

Mecklenburg-Vorpommern

Mit den Beiratsmitgliedern und einigen TIG-Vorsitzenden berieten die Vorstandsmitglieder Bernhard Geier, Horst Hartrampf und Dietrich Richter. Im Mittelpunkt stand die Beurteilung der Arbeitsergebnisse nach der Vertreterberatung im Juni 1997, die Herausarbeitung von Schwerpunkten zur Fortsetzung der Tätigkeit in den TIG sowie der Erfahrungsaustausch zur Gestaltung eines Gemeinschaftslebens.

In den TIG des Landes hat eine aktive und gründliche Auswertung der Dokumente der Vertreterberatung sowie der nachfolgenden ISOR-Informationen begonnen. Dabei wurde in der Mehrzahl der TIG ein Soll-Ist-Vergleich vorgenommen und die weitere politische und organisatorische Festigung zur Fortsetzung erfolgreichen Handelns festgelegt.

Dazu sind die Aktivitäten vieler Mitglieder notwendig. Diese müssen sich in der Vervielfachung des politischen Protestes im Kampf für Rentengerechtigkeit gegen das Rentenstrafrecht widerspiegeln. Dazu zählt auch die Erfüllung der Bereitschaftserklärungen bzw. die Bezahlung der Rechnungen. Die Arbeit zur Gewinnung neuer, vor allem jüngerer Mitglieder, sollte mit zur inhaltlichen und Organisationsarbeit eines jeden Vorstandes gehören.

Hervorgehoben wurde weiter die Verbesserung

der individuellen Arbeit mit den Mitgliedern, die Stärkung der öffentlichen Akzeptanz von ISOR im jeweiligen Territorium z. B. durch verbesserte und wirksame Öffentlichkeitsarbeit, das Zusammenwirken mit anderen Betroffenenvereinen sowie die Gestaltung eines unserer Gemeinschaft entsprechenden Lebens in der Vielfalt aller Formen und Methoden zur Stärkung des Zusammenhalts und der Solidarität.

In diesem Sinne ist es erforderlich, so wurde im Verlauf der Beratung unterstrichen, eine breite Protestbewegung als Herbstoffensive unserer Gemeinschaft in Erwartung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sowie des begonnenen Wahlkampfes zur Wahl des Bundestages 1998 in den TIG bis zur endgültigen Beiseitigung des Rentenstrafrechts zu gestalten.

Horst Hartrampf

Berlin

Schwerpunkte der Beratung der Berliner Beiratsmitglieder mit Mitgliedern des Vorstandes und dem Geschäftsführer waren

- die weitere Stärkung und Festigung von ISOR in allen TIG von Berlin,
- die Unterstützung aller Mitglieder, die sich beschwerdeführend an den Petitionsausschuß des Bundestages, an die UNO-Menschenrechtskommission in Genf und an andere Institutionen sowie Persönlichkeiten wenden wollen.

Aus einer lebhaften optimistischen und mit vielen Vorschlägen angereicherten Aussprache, an der sich alle Freunde beteiligten, sei auf folgende Schlußfolgerungen besonders hingewiesen:

- Mit Hilfe der Beiratsmitglieder Gerhard Gudopp, Prof. Dr. Horst Bischoff, Rudolf Winterfeld und Manfred Leistner sowie der Vorstandsmitglieder Prof. Dr. Werner Wunderlich, Gerhard Dylla und Klaus Schroeter, die an der Beratung teilnahmen, soll die Arbeit der Berliner TIG weiter aktiviert werden.
- Durch vielfältige persönliche Gespräche sollen weitere Mitglieder für unseren Verein in Berlin gewonnen werden.
- Ein differenziertes und den jeweiligen Bedürfnissen der Mitglieder entsprechendes Vereinsleben entwickeln bzw. fördern.
- Der allseitigen Öffentlichkeitsarbeit in jedem Bezirk sowie der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/Vereinen noch mehr Aufmerksamkeit widmen.
- Die Kleinarbeit und die Einsatzbereitschaft aller Betreuer/Kassierer in allen TIG würdigen. Es wurde die Einberufung einer zentralen Tagung mit Betreuern vorgeschlagen.

Besonders hervorgehoben wird die positive Rolle von „ISOR aktuell“. Es wurde die Notwendigkeit betont, zu ihrer schnellstmöglichen Verbreitung und Verteilung zu sorgen, aber auch über eine Erweiterung des Inhaltes nachzudenken.

Gerhard Dylla